

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 5. Dezember 2007 (VII/16), von
14.40 Uhr bis 19.15 Uhr**

Vorsitz: Dr. Viola von Oeynhausen, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Ralf Bill, AUF	bis 17.50 Uhr
Prof. Dr. Hartmut Ewald, IEF	bis 17.40 Uhr
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, MEF	i. V. für Prof. Dr. Rainer Fietkau, MEF; bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Michael Rauscher, WSF	i. V. für Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF
Prof. Dr. Igor Pochoshajew, THF	
Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF	bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski, PHF	bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Dieter G. Weiss, MNF	
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski, PHF	bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Marianne Wigger, MEF	i. V. für Dr. Andreas Crusius, MEF; bis 18.35 Uhr
Dr. Bernd Karstens, IEF	
Dr. Arne Schoor, MNF	bis 18.45 Uhr
Stud. Heiko Marski, PHF	i. V. für Stud. Sandro Geister, WSF; bis 17.00 Uhr
Stud. Vivien Günzel, WSF	bis 18.35 Uhr
Stud. Daniel Münzner, MNF	
Ursula Keßler, K/D2	
Monika Nitz, MSF	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Thomas Strothotte	Rektor; bis 17.40 Uhr
Prof. Dr. Ronald Redmer	Prorektor
Prof. Dr. Bernhard Lampe	Prorektor; bis 17.40 Uhr
Stud. Johannes Saalfeld	Prorektor; ab 15.00 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Präsident Konzil; bis 15.50 Uhr, ab 17.30 Uhr
Maik Walm	Vizepräsident Konzil
Dagmar Börner	Kanzlervertreterin; 15.00 Uhr bis 18.40 Uhr
Prof. Dr. Elmar Mohr	Dekan AUF
Prof. Dr. Djamshid Tavangarian	Dekan IEF; bis 17.45 Uhr
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF; bis 17.45 Uhr
Prof. Dr. Udo Kragl	Gründungsdekan INF
Prof. Dr. Wolfgang März	Dekan JUF
Prof. Dr. Dieter Neßelmann	Dekan MNF; bis 17.00 Uhr
Prof. Dr. Werner Müller	Dekan PHF; bis 18.30 Uhr
Prof. Dr. Thomas Klie	Dekan THF; bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Stefan Göbel	Dekan WSF

Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator; bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator; bis 16.30 Uhr
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator; bis 16.30 Uhr
Katrin Buchholz	Gleichstellungsbeauftragte; bis 17.50 Uhr
Frank-Holger Acker	StuRa-Präsident; bis 18.55 Uhr
Doreen Klockziem	AStA-Vorsitzende
Dr. Jobst Mehlan	Personalrat; bis 16.30 Uhr

geladene Gäste:

Prof. Dr. Ernst Klar, MEF

zu TOP 6

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 7. November 2007 (VII/15)
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Informationen der Universitätsleitung / Anfragen an die Universitätsleitung

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 5 Beschlussfassung über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „Außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Brigitte Müller-Hilke
Bericht: Senator Prof. Dr. Bill, Koreferent
Prof. Dr. Reisinger, Dekan der Medizinischen Fakultät
Vorlage: VII/146
- 6 Kenntnissnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3 – Professur für Pathologie an der Medizinischen Fakultät
Bericht: Senator Prof. Dr. Sucharowski, Koreferent
Prof. Dr. Klar, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: VII/149
- 7 Beschlussfassung zu Anträgen der Fakultäten auf Verleihung der Lehrbefugnis
Bericht: Vorsitzender des Senats
Vorlage: VII/147

III Strukturangelegenheiten

- 8 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2–Professur für Anorganische Chemie – Molekülchemie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Neßelmann, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Vorlage: VII/148

IV Rechtsangelegenheiten

- 9 Vorbereitung der Beschlussfassung zur Neufassung der Grundordnung
Bericht: Dr. Glöckner, Strukturkommission
Vorlage: VII/150

V Informationen

I Regularien

zu 1

Der Senat war zu Beginn mit 19 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 16, 15, 14, 13 resp. 12 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.
Ab 18.35 Uhr war die Beschlussfähigkeit mit 10 resp. 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern nicht mehr gegeben.

Die stellvertretende Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder, Gäste und die Ehrensensoren. An die stud. Senatoren richtete sie die dringende Bitte, sich um mitarbeitende Studierende für die Senatskommissionen zu bemühen. Den Rektor bat sie um eine Aussage zu einer eventuellen Richtigstellung hinsichtlich seiner Äußerung zur Einführung von Studiengebühren. Hierzu erklärte der Rektor, dass er von einer relativierenden Stellungnahme abgesehen hat, da seine im Rundfunk verbreitete Erklärung ohne ein weiteres Presseecho geblieben ist und in der Öffentlichkeit keine nennenswerte Beachtung fand.

zu 2

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Senats vom 7. November 2007 (VII/15) wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 3

Zum Tagesordnungspunkt Beschlusskontrolle fand keine Aussprache statt.

zu 4

Der Rektor informierte über

- den 70. Geburtstag der Altrektoren Prof. Wildenhain und Prof. Maeß,
- eine Klausurtagung des Rektorats am 12. November 2007, auf der die Weiterentwicklung der Interdisziplinären Fakultät, die Neuausrichtung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch eine geplante Universitätszeitung und die dritte Einsparrate bis 2017, für die noch eine weitere Lesung nötig ist, erörtert wurden,
- seine Reise nach Damaskus und Dubai vom 18. bis 25. November 2007. Der Besuch in Damaskus diente dem Wissenschaftsaustausch vorwiegend auf dem Gebiet der Agrarwissenschaften; in Dubai führte er Gespräche mit Vertretern zweier britischer Universitäten, die dort Kontaktstellen zur Verbesserung ihrer Außenwirksamkeit aufgebaut haben,

- seine Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 100jährigen Bestehens der Zahnklinik und des 125jährigen Jubiläums der zahnmedizinischen Ausbildung am 29. November 2007,
- den Neuberufenenempfang des Rektorats am 14. November 2007, zu dem neben den neuberufenen Professoren auch die Vorsitzenden der Berufungskommissionen und die Buchautoren des abgelaufenen akademischen Jahres eingeladen waren.

Folgende Anfragen wurden an den Rektor gerichtet:

- Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Buchholz brachte ihr Unverständnis über die Ausfertigung der Absolventenurkunden zum Ausdruck und bat hierzu um Aufklärung resp. Stellungnahme des Rektors. Hintergrund war die Nachricht einer Absolventin mit dem Hinweis auf die falsche geschlechtsspezifische Anrede in der ihr ausgehändigten Urkunde. Der Rektor stellte eine Prüfung in Aussicht und verwies an dieser Stelle auf die Zuständigkeit des Kanzlers, der die Federführung bei der Organisation der Abschlussfeier innehatte.
- Die stud. Senatorin Günzel erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Absicherung der Lehre im Studiengang Wirtschaftspädagogik. Der Rektor führte hierzu aus, dass anstehende Stellenbesetzungen derzeit nicht weiter vorangetrieben werden, da eine externe wissenschaftliche Begutachtung abgewartet werden soll. Er bat in diesem Zusammenhang um Geduld, geht jedoch von der Absicherung der Lehre aus.
- Senator Prof. Stolz hinterfragte die Zuständigkeit für die Vergabe der Mittel aus dem Hochschulpakt und äußerte seinen Unmut über den Umgang der Verwaltung mit der Parkplatzsituation am Standort Schwaansche Straße; so wurden dort an falsch geparkten Fahrzeugen Hinweiszettel angebracht, die für den Wiederholungsfall eine Sperre der Parkgenehmigung androhten. Zur Vergabe der Mittel aus dem Hochschulpakt erklärte der Rektor, dass die Zuständigkeit für die Vergabe beim Rektorat liegt. Prorektor Saalfeld erläuterte ergänzend die Prinzipien der Verteilung. Hiernach stehen jeweils 50 % der Mittel für die Lehre resp. die Bewerbung von freien Studienplatzkapazitäten zur Verfügung, wobei die Auslastung derzeit bei ca. 88 % liegt. Zur Parkplatzsituation äußerten sich Frau Börner und Senatorin Keßler. Tenor war, dass die nur begrenzte Platzkapazität und die Nichteinhaltung der Verkehrsregeln grundsätzlich ein Konfliktpotenzial bergen. Die Parkberechtigungen wurden an die Bereiche vergeben, in deren Verantwortung die direkte Verteilung liegt. Ein Anspruch von Parkkarteninhabern auf einen freien Platz besteht nicht. Abschließend stellte der Rektor ganz allgemein die Frage nach der persönlichen Bereitschaft, für einen reservierten Parkplatz eine Gebühr zu entrichten.
- Weitere Anfragen des stud. Senators Münzner und der Senatoren Prof. Weiss, Dr. Schoor und Prof. Stolz betrafen die Entwicklung der Interdisziplinären Fakultät. Insbesondere die noch ausstehende Erarbeitung der Ordnungen und die ohne entsprechende Satzungsgrundlage bereits ausgeschriebenen Promotionsstipendien gaben Anlass zur Kritik. Ebenso kritisch hinterfragt wurden die Auswahlkriterien für die Stipendien. Der Rektor und der Gründungsdekan erklärten übereinstimmend, dass Stellenbesetzungen nicht hinter dem Zeitplan der Erarbeitung der Ordnung zurückstehen sollten, da die Strukturen der Interdisziplinären Fakultät stehen und diese somit arbeitsfähig ist. Die Auswahl der Bewerber erfolgt nicht nur themenorientiert, sondern - im

Sinne der Profilbildung der Interdisziplinären Fakultät – in der Hauptsache an deren individuellen Qualitäten.

Die stellvertretende Vorsitzende beendete die Diskussion mit dem dringenden Hinweis an den Rektor und den Gründungsdekan der Interdisziplinären Fakultät, die Erarbeitung der Ordnungen möglichst zeitnah auf den Weg zu bringen.

Abschließend beglückwünschte sie im Namen des Akademischen Senats Johannes Saalfeld zu dessen erneuter Bestätigung als stud. Prorektor der Universität Rostock durch das Konzil.

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

zu 5

Als Koreferent stellte Senator Prof. Dr. Bill den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Brigitte Müller-Hilke vor. Er berichtete über positive Gutachten und eine herausragende wissenschaftliche Bilanz der Kandidatin. Im Ergebnis befürwortete Senator Prof. Dr. Bill den Antrag uneingeschränkt. Nachfragen beantworteten Prof. Dr. Reisinger, Dekan der Medizinischen Fakultät, und Prof. Dr. Schareck abschließend.

Die Mitglieder des Senats votierten in einer geheimen Abstimmung mehrheitlich für die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Brigitte Müller-Hilke.

Beschlusnummer: 151 (VII/146)
Abstimmungsergebnis: 14/1/3

zu 6

Senator Prof. Dr. Sucharowski stellte den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur für Pathologie an der Medizinischen Fakultät vor. Er bestätigte im Ergebnis der Akteneinsicht den korrekten Ablauf des Verfahrens. Die Bewertungen der Gutachter sind nahezu einheitlich, wonach beide Kandidaten gleichermaßen geeignet wären. Auch die Beschlüsse der Berufungskommission, insbesondere die Reihung der Kandidaten, sind in den Unterlagen nachvollziehbar dargestellt, so dass Senator Prof. Dr. Sucharowski den Berufungsvorschlag in der vorliegenden Form uneingeschränkt befürwortete. Ausführlich und kritisch diskutiert wurde die Reihung, die angesichts der Gleichrangigkeit der Bewertungen möglicherweise zugunsten der auf Listenplatz 2 gesetzten Kandidatin hätte ausfallen müssen. In diesem Zusammenhang erinnerte die stellvertretende Senatsvorsitzende an die Querschnittsaufgabe der Universität Rostock, den Anteil der Frauen zu erhöhen. Prof. Dr. Reisinger, Dekan der Medizinischen Fakultät, erklärte, dass er dieses Ziel in vollem Umfang unterstützt, im vorliegenden Falle die Entscheidung der Berufungskommission jedoch verteidigt und vertritt. Als Vorsitzender der Berufungskommission warb Prof. Dr. Klar abschließend darum, deren ausgewogene Begründung und das am Standort benötigte Profil des favorisierten Kandidaten zu berücksichtigen.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 7

Per Akklamation stimmte der Senat für die folgenden Anträge der Medizinischen Fakultät auf die Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 72 Absatz 1 Satz 1 LHG M-V:

Fakultät	Name	Fachgebiet
Medizinische Fakultät	Dr. med. habil. Peter Diehl	Orthopädie
Medizinische Fakultät	Dr. med. habil. Peter Kropp	Medizinische Psychologie
Medizinische Fakultät	Dr. med. habil. Stephan Schaefer	Medizinische Virologie

Beschlusnummer: 152 (VII/143)

III Strukturangelegenheiten

zu 8

Der Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Neßelmann, informierte über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur für Anorganische Chemie - Molekülchemie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Nachfragen der stellvertretenden Vorsitzenden zur Zusammensetzung der Berufungskommission bezüglich äquivalenter Themen in der Physik und von Prorektor Prof. Dr. Redmer zum Ausweis der Profillinien im Ausschreibungstext beantwortete er abschließend, indem er eine Berücksichtigung dieser Anmerkungen zusicherte. Senator Prof. Dr. Stolz erkundigte sich nach dem Grund der Befristung der Professur durch eine Besetzung im Beamtenverhältnis auf Zeit. Prof. Dr. Neßelmann erklärte hierzu, dass dies in Ausschreibungstexten mittlerweile die Standardformulierung ist, die tatsächliche Besetzung im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit jedoch der Regelfall bleibt. Prorektor Prof. Dr. Redmer kündigte eine Überprüfung dieser Praxis an. Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

IV Rechtsangelegenheiten

zu 9

Vor Eintritt in die Diskussion über die von der Strukturkommission erarbeitete Neufassung der Grundordnung stellte die stellvertretende Senatsvorsitzende den Zeitplan bis zur endgültigen Beschlussfassung im Senat vor. Dieser sieht für die Sitzung am 5. Dezember 2007 eine Aussprache über Änderungen resp. Neuerungen in der Grundordnung, die in der Senatssitzung vom 7. November 2007 erörtert wurden, vor. Im Einzelnen wurden diese von Justitiar Dr. Glöckner präsentiert. Für die Senatssitzung am 9. Januar 2008 ist neben dem Abschluss der Diskussion die Beschlussfassung über den Vorschlag zur Neufassung der Grundordnung an das Konzil vorgesehen.

Folgende Änderungen, die fettgedruckt oder grau hinterlegt sind, wurden eingehend erläutert resp. diskutiert:

§ 2

Begriffe und Bezeichnungen

Nach Maßgabe des § 1 Abs. 3 LHG M-V führen

1. auf zentraler Ebene
 - **die Hochschulleitung die Bezeichnung Rektorat,**
 - **die Mitglieder des Rektorates, mit Ausnahme der Rektorin / des Rektors sowie der Kanzlerin / des Kanzlers, die Bezeichnung Prorektorin / Prorektor,**
2. auf dezentraler Ebene
 - **die Fachbereiche (§ 90 LHG M-V) die Bezeichnung Fakultät,**
 - die kollegiale Fakultätsleitung (§ 92 LHG M-V) die Bezeichnung Dekanat,
 - die Fakultätsleiterin / der Fakultätsleiter **sowie die Leiterin / der Leiter der Interdisziplinären Fakultät (INF)** die Bezeichnung Dekanin / Dekan,
 - die Mitglieder des Dekanats, die nicht Dekanin / Dekan oder Studiendekanin / Studiendekan sind (§ 28 Abs. 1), die Bezeichnung Prodekanin und Prodekan,

§ 3

Leitbild der Universität Rostock

(5) Die Universität Rostock erfährt ideelle und materielle Unterstützung durch Freunde und Förderer. Im Rahmen ihrer Befugnisse kann sie ihrerseits entsprechende Aktivitäten unterstützen.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

(4) (...)

Der studentischen Prorektorin / dem studentischen Prorektor steht während der Amtszeit eine Aufwandsentschädigung zu.

An dieser Stelle wurde diskutiert, den Begriff Aufwandsentschädigung gegebenenfalls durch Entgelt zu ersetzen. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist noch offen.

§ 7

Zusammensetzung der Gremien der Universität und Stimmrecht

(3) Nicht zur Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern zur Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gehören Personen, welche die Einstellungs-voraussetzungen nach § 58 LHG M-V erfüllen und Aufgaben der Hochschule in Forschung und Lehre selbständig in dem Fach wahrnehmen, dem sie zugeordnet sind.

§ 8

Wahlen

(2) Das Amt der Rektorin / des Rektors ist ebenso wie das Amt einer Prorektorin / eines Prorektors weder mit dem Amt einer Dekanin / eines Dekans oder einer Prodekanin / eines Prodekans noch mit einem Mandat für Konzil, Akademischen Senat oder Fakultätsrat vereinbar. (...)

§ 10

Berufungsverfahren

(2) (...)

Nimmt das Rektorat zu einem von der Fakultät übermittelten Berufungsvorschlag ablehnend Stellung, so hat es seine Bedenken der Fakultät schriftlich mitzuteilen und dieser Gelegenheit

zu erneuter Beratung zu geben. Kommt es zu keiner Einigung, so wird der Akademische Senat vor der abschließenden Entscheidung des Rektorates, ansonsten nachträglich darüber informiert.

§ 11

Verleihung von Bezeichnungen

Die Verleihung der Bezeichnungen Außerplanmäßige Professorin / Außerplanmäßiger Professor und Honorarprofessorin / Honorarprofessor **richtet sich nach § 73 LHG M-V und der entsprechenden Verfahrensordnung der Universität Rostock in der jeweils gültigen Fassung.**

§ 15

Konzil

(4) Das Konzil berät über die grundlegenden Angelegenheiten der Universität. Es hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Wahl der **Mitglieder des Rektorates mit Ausnahme der Kanzlerin / des Kanzlers** auf Vorschlag des Akademischen Senats,
- Abwahl des **Rektorates** oder **seiner Mitglieder mit Ausnahme der Kanzlerin / des Kanzlers** auf Vorschlag des Akademischen Senats mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder,

§ 16

Akademischer Senat

(4) Die Mitglieder des Rektorates, die Dekaninnen und die Dekane, die Vorsitzende / der Vorsitzende des Universitätsrats, die Präsidentin / der Präsident des StudentInnenrats sowie die Vorsitzende / der Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses nehmen mit Antrags- und Rederecht an den Sitzungen teil. (...)

(5) Der Akademische Senat hat ein umfassendes Informationsrecht gegenüber **dem Rektorat**.

(6) Der Akademische Senat

- a) fasst Beschlüsse über
 - **den Vorschlag zur Wahl der Mitglieder des Rektorates mit Ausnahme der Kanzlerin / des Kanzlers an das Konzil,**
 - **den Vorschlag auf Abwahl des Rektorates oder von Mitgliedern des Rektorates mit Ausnahme der Kanzlerin / des Kanzlers an das Konzil mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder,**
 - den vom **Rektorat** eingebrachten Wirtschaftsplan des Körperschaftsvermögens und entlastet **das Rektorat** hinsichtlich des Körperschaftshaushalts.
- b) nimmt Stellung (...)
- c) wird angehört
 - **vor Errichtung, Änderung oder Aufhebung von Studiengängen, Fakultäten, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen (§ 32) und zentralen Organisationseinheiten (§ 33) der Universität durch das Rektorat,**
 - vor Ernennung der Leiterinnen/der Leiter von zentralen Organisationseinheiten nach § 94 Abs. 2 LHG M-V durch die Rektorin / den Rektor,
- d) kann von der Entscheidung **des Rektorates** über die Ressourcenverteilung und über die Wiederbesetzung von Stellen für Professorinnen und Professoren nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 LHG M-V abweichende Entscheidungen treffen,
- e) wählt (...)

- f) nimmt jährlich sowie auf Verlangen den Rechenschaftsbericht **des Rektorates** entgegen und **beschließt** über **dessen** Entlastung.

(7) Der Akademische Senat kann Ausschüsse ohne Beschlusskompetenz einsetzen. Ständige Ausschüsse sind **die Kommissionen** für

- Haushalt, Personal, Bau,
- Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlichen Nachwuchs,
- Studium, Lehre und Evaluation und
- **Strukturfragen.**

Die Mitglieder der Ausschüsse müssen nicht ausschließlich dem Akademischen Senat angehören. Sie wählen aus ihrer Mitte ein Senatsmitglied als Vorsitzende / Vorsitzenden.

§ 18

Rektorat

(4) Das Rektorat ist insbesondere zuständig für:

- die Aufstellung des Berufungsvorschlags gemäß § 59 Abs. 4 LHG M-V,

(7) Scheidet die Rektorin / der Rektor oder eine Prorektorin / ein Prorektor vor Ablauf der regulären Amtszeit aus, so wird eine Nachfolgerin / ein Nachfolger für die volle Amtszeit gewählt. **Es gilt § 20 Abs. 3. Bis zur unverzüglich einzuleitenden Neuwahl übernimmt ein vom Rektorat bestimmtes Mitglied kommissarisch deren / dessen Aufgabenbereich. Für den Fall, dass bis auf die Kanzlerin / den Kanzler alle gewählten Mitglieder des Rektorates vorzeitig ausscheiden, führen sie / er und die / der Vorsitzende des Konzils als Interimsrektorin / Interimsrektor bis zur Neuwahl die Amtsgeschäfte weiter.**

Im Ergebnis der Diskussion wurde zusätzlich zum Formulierungsvorschlag des Absatzes 7 der Verweis auf § 20 Absatz 3 der Grundordnung als neuer Satz 2 eingefügt.

§ 19

Rektorin / Rektor

(4) Die Amtszeit der Rektorin / des Rektors beträgt **sechs** Jahre. Die einmalige Wiederwahl ist zulässig.

§ 20

Prorektorin / Prorektor

(1) Die Prorektoren nehmen die ihnen von der Rektorin / dem Rektor zugewiesenen Aufgabenbereiche selbstständig und in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der Richtlinienkompetenz der Rektorin / des Rektors wahr (Ressortprinzip). Sie haben im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgaben das Recht auf allseitige Information innerhalb der Universität.

(2) Die Prorektoren werden vom Konzil auf Vorschlag des Akademischen Senats für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt; die Amtszeit des studentischen Prorektors beträgt ein Jahr. Wiederwahl ist möglich. Während der ersten Amtszeit darf das 65. Lebensjahr nicht überschritten werden.

(3) Die Amtszeit der Prorektoren endet spätestens **mit Amtsantritt der Nachfolgerin / des Nachfolgers ins Rektoramt. Im Einvernehmen mit ihr / ihm führen die Prorektoren ihre Amtsgeschäfte bis zur Neuwahl von Prorektoren fort. Die kommissarische Geschäftsführung wird wirksam, wenn dies der / dem Vorsitzenden des Akademischen Senats schriftlich von der Rektorin / dem Rektor mitgeteilt wird.**

(4) Vorschläge für die Wahl der Prorektoren können der StudentINNenrat für die studentische Prorektorin / den studentischen Prorektor und für die weiteren Prorektoren jedes Mitglied des Konzils, des

Akademischen Senats und die Dekane auf Beschluss des jeweiligen Fakultätsrates dem Akademischen Senat unterbreiten. Zur Erarbeitung des Wahlvorschlags setzt der Akademische Senat eine Auswahlkommission ein, der auch die/ der neu gewählte Rektorin / Rektor als beratendes Mitglied angehört. Die Kommission erarbeitet im Einvernehmen mit ihr / ihm einen Wahlvorschlag für den Akademischen Senat zur Weiterleitung an das Konzil. Näheres zum Wahlverfahren regelt die Wahlordnung der Universität.

In Absatz 3 wurde im Ergebnis der Diskussion „mit der Wahl“ durch „mit Amtsantritt“ ersetzt.

Die Debatte um die in Absatz 4 geregelten Vorschläge für die Wahl der Prorektoren führte zu keinem abschließenden Ergebnis. Festgehalten wurden jedoch die drei folgenden Alternativen, über die noch beraten und entschieden werden muss:

- einer Auswahlkommission obliegt das Vorschlagsrecht,
- das Vorschlagsrecht liegt allein beim Rektor,
- das Vorschlagsrecht wird nicht explizit geregelt.

§ 21

Kanzlerin / Kanzler und Universitätsverwaltung

(2) Kanzlerin / Kanzler und Universitätsverwaltung unterstützen die Mitglieder und Organe der Universität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Organisationsstruktur der Verwaltung wird

Alt. 1: von der Rektorin / dem Rektor im *Einvernehmen* mit der Kanzlerin / dem Kanzler festgelegt.

Alt. 2: von der Rektorin / dem Rektor im *Benehmen* mit der Kanzlerin / dem Kanzler festgelegt.

Alt. 3: vom *Rektorat* festgelegt.

An dieser Stelle endete die Diskussion mit der Erarbeitung der in Absatz 2 genannten drei Alternativen über die ebenso noch abschließend beraten und entschieden werden muss.

§ 22

Gleichstellungsbeauftragte

(2) Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt nach den Vorschriften des Gleichstellungsgesetzes **(GIG) M-V.**

(3) (...)

Die Wahl der Fakultätsvertreterinnen erfolgt nach den Vorschriften des Gleichstellungsgesetzes (GIG) M-V.

§ 24

Ombudspersonen

Zur Aufsicht über die Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis werden vier **Professoren als** Ombudspersonen aus den naturwissenschaftlichen, den ingenieurwissenschaftlichen und den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen sowie der Medizin vom Akademischen Senat gewählt und von der Rektorin / vom Rektor bestellt. **Näheres ist** in der vom Akademischen Senat **beschlossenen** Ordnung der Universität zur Sicherung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und Vermeidung von wissenschaftlichem Fehlverhalten geregelt.

Abs.2 wird gestrichen.

Im Ergebnis der Diskussion wurde „erlassenen“ durch „beschlossenen“ ersetzt.

§ 25

Struktur der Universität

Die Universität gliedert sich in

- Fakultäten (§ 26),
- zentrale wissenschaftliche Einrichtungen (§ 32 dieser Ordnung, § 94 Abs. 1 LHG M-V),
- zentrale Organisationseinheiten (§ 33 dieser Ordnung, § 94 Abs. 2 und 3 LHG M-V).

§ 32 alte Fassung wird gestrichen und geht inhaltlich in den neuen §§ 32 und 33 auf. Infolge der Streichung verschiebt sich ab § 32 die Nummerierung um eine Stelle, das heißt die §§ 33 ff. alte Fassung werden zu den §§ 32 ff.

§ 32

Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen

(1) An der Universität können zentrale wissenschaftliche Einrichtungen gebildet werden. Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen übernehmen Aufgaben auf dem Gebiet von Forschung und Lehre für die gesamte Universität oder mehrere Fakultäten nach Maßgabe des § 94 Abs. 1 Satz 1 LHG M-V. Sie können universitätsübergreifend eingerichtet werden. Über Einrichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen entscheidet das Rektorat nach Anhörung des Akademischen Senats und der betroffenen Fakultäten gemäß § 27 Abs. 3. Die Ordnung der wissenschaftlichen Einrichtung, die insbesondere Regelungen zur Mitgliedschaft und Leitung enthalten muss, ist dem Akademischen Senat spätestens ein Jahr nach Konstituierung der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung zur Bestätigung vorzulegen.

(2) Die Interdisziplinäre Fakultät ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität. Sie kann nach fachlichen Gesichtspunkten Departments bilden. Weitere Einzelheiten wie Aufgaben, Mitgliedschaft, Leitungsmodell und Wahlmodus sind in den Ordnungen der Interdisziplinären Fakultät geregelt, die der Akademische Senat zu bestätigen hat. Die Interdisziplinäre Fakultät ist berechtigt, ihre eigenen Farben zu führen.

Die Diskussion im Senat führte zu einer Änderung von § 32 Absatz 1 Satz 4, der nun eine Frist für die Einrichtung und Vorlage von Ordnungen für wissenschaftliche Einrichtungen enthält, und zur Aufnahme einer eindeutigen Definition der Interdisziplinären Fakultät als zentrale wissenschaftliche Einrichtung in Absatz 2.

§ 33

Zentrale Organisationseinheiten

Zentrale Organisationseinheiten nehmen Aufgaben auf dem Gebiet der Serviceleistungen für die gesamte Universität nach Maßgabe des § 94 Abs. 2 und 3 LHG M-V wahr. Über ihre Einrichtung, Änderung und Aufhebung entscheidet das Rektorat nach Anhörung des Akademischen Senats.

Durch die Einführung dieses Absatzes werden die bisherigen Absätze 1 und 2 die neuen Absätze 2 und 3.

Die Strukturkommission wird die noch offenen Punkte auswerten und zur nächsten Sitzung die entsprechenden und mit dem Landeshochschulgesetz M-V konformen Vorschläge und Formulierungen vorlegen.

V Informationen

Die stellvertretende Vorsitzende des Senats informierte darüber, dass für die Senatssitzung am 9. Januar 2008 die Frist für die Einreichung von Vorlagen am 19. Dezember 2007 endet und der Versand der Sitzungsunterlagen bis zum 3. Januar 2008 erfolgt.

bestätigt:

Protokoll:

gez.

Dr. Viola von Oeynhausen

Stellvertretende Vorsitzende des Akademischen Senats

gez.

Peter Käsche

Referat 1.2